

Urban Democracy in the Making. How Participatory Budgeting Reshaped State-Citizen Relations and Local Communities in Post-Maidan Ukraine

von *Sophie Schmäing*

Seit dem Euromaidan von 2013-14 haben sich in der Ukraine Bürger*innenbudgets als neue Formen digitaler Mitbestimmung rasant verbreitet. Zum einen bereichern sie das Bild der aufblühenden ukrainischen Zivilgesellschaft der letzten Jahre; zum anderen ermöglichen sie direkte Interaktion und Kooperation zwischen aktiven Bürger*innen und lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen. Dies ist besonders bemerkenswert, da Ukrainer*innen letzteren – ebenso wie anderen staatlichen Institutionen – aufgrund verbreiteter Korruption und Klientelismus mit großem Misstrauen begegnen.

Die Studie geht deshalb der Frage nach, ob und wie das Bürger*innenbudget die gesellschaftliche Wahrnehmung der lokalen Institutionen sowie die Zusammenarbeit mit ihnen verbessert. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Einfluss des Beteiligungsmodells auf den Zusammenhalt in und zwischen Nachbarschaften und lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die qualitative Untersuchung verbindet demokratietheoretische Ansätze mit kultursoziologischen Konzepten, die auf drei Fallstudien in Dnipro, Kyjiw und Lwiw angewendet werden. Den Perspektiven der Teilnehmenden nähert sich die Studie durch digitale Ethnographie, Interviews und der Analyse von Online-Kommunikation.

Die Arbeit zeigt die unterschiedlichen Zielsetzungen der Akteure des Stadtrats und der lokalen Verwaltungen auf und setzt sie in Beziehung zu den individuellen und kollektiven Motivationen der Teilnehmenden. Die konflikthafte Aushandlungsprozesse zwischen beiden Seiten betreffen vor allem solche Projekte, die neue Ideen für die Ausgestaltung des öffentlichen Raums einbringen und längerfristig auf die Stadtentwicklung einwirken wollen. Als zentral für die Zusammenarbeit aller Beteiligten hat sich die Herstellung von sozialem Vertrauen erwiesen. Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den drei untersuchten Städten: Teilnehmende Bürger*innen rechnen den durch das Beteiligungsverfahren eröffneten Kontrollmechanismen ganz unterschiedliche Bedeutung zu. Dies lässt auf unterschiedliche Grade von Vertrauen in die Mitarbeiter*innen der lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen und unter den Teilnehmenden schließen.

Indem sie unterschiedliche Praktiken der Vertrauensbildung fokussiert, leistet die Arbeit einen konzeptionellen Beitrag zur Bedeutung von sozialem Vertrauen für Demokratien. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass die sukzessive Festigung der Demokratie in der Ukraine nicht allein durch Blicke auf die nationale Ebene verstanden werden kann, und trägt damit zu einem tieferen Verständnis der erstaunlichen Resilienz ukrainischer Städten und Kommunen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs bei.